

## Keine Alternative zur globalen Rolle der USA

Von Europa bis Asien dominiert die amerikanische Sicherheitspolitik

Von Michael Rühle\*

Am Beginn der Amtszeit von Präsident Obama scheint Amerika militärisch an den Grenzen angelangt zu sein. [Ein Schein, der täuschen könnte und der nicht angibt, von welchen „Grenzen“ gesprochen wird.]

Auch die Vorbildfunktion in Sachen Wirtschaft und Demokratie hat gelitten. [Ersteres durch die Finanzkrise, die von den USA ausging, Letzteres durch die Beschädigungen der Demokratie durch den „bösen und dummen“ Autokraten Bush, wie das gängige Vorurteil lautet. Dieser hat es bekanntlich geschafft, im Irak eine Demokratie auf den Weg und in Afghanistan eine mögliche Demokratie von morgen ebenfalls auf den Weg zu bringen und außerdem zu verhindern gewußt, daß in den USA weitere Anschläge verübt und außerhalb Europas eine Unzahl von Anschlägen vereitelt wurden. Zwei und andere „Beschädigungen“, die ihm das alte Europa nicht mehr verzeihen wird.]

Nach Meinung des Autors führt die Finanzkrise dazu, dass das demokratisch-kapitalistische Modell in Frage gestellt wird. [Und die Alternative wäre? „In-Frage-Stellen“ ist ubiquitäres Quatschverhalten in jeder modernen Demokratie, also das Gegenteil eines wirklichen In-Frage-Stellens von Demokratie, etwa durch kommunistische oder autoritäre Systeme.]

Sicherheitspolitisch bleiben die USA ohne Alternative. [Sie bleiben erste Garantiemacht in allen aktuellen Konflikten der heutigen Welt. Die Alternative „UNO“ hat versagt und muß als existenzgefährdet eingestuft werden. Deren Grenzen wären somit genau zu erforschen, um entweder die Möglichkeit oder die Unmöglichkeit einer Reform zu erkunden.]

Als der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama am Ende des Kalten Krieges die These aufstellte, das liberale westliche Gesellschaftsmodell sei von nun an ohne Konkurrenz, die Geschichte im Sinne Hegels also zu Ende, erntete er überwiegend Kritik. [Demnach hätte Hegel das weltgeschichtlich erfolgreiche Eintreffen der liberalen westlichen Demokratie als Ende der Geschichte prophezeit. Eine gedankenlose Aussage, die vergisst, was Hegel bisher vorgeworfen wurde: daß er den autoritären und monarchischen Staat der Preußen ans Ende der Geschichte gesetzt habe.

Will man aber nur behaupten, Hegel habe ein Ende der Geschichte überhaupt prophezeit, müßte man nachweisen, wodurch Hegel eines

sinnlosen Gedankens dieser Art fähig gewesen wäre und wo und wie er ihn vorgeführt hat. Ursache des Übels: wer wird von einem amerikanischen Zeitgeistdenker eine Rechenschaft über glaubwürdige Hegelkenntnisse verlangen? Er gibt seinen Argumenten einen philosophischen touch, und die Sache des name-dropping ist gegessen.]

Den westlichen Sieg im Kalten Krieg als «Ende der Geschichte» zu feiern, erschien wie ein dreister Versuch, die neue Unipolarität unter amerikanischer Führung philosophisch zu untermauern. An der Kernthese Fukuyamas, die liberale Demokratie habe keinen starken Rivalen mehr, änderte die Kritik indessen nichts. Das demokratische Modell blieb die ideologische Leitwährung. [Das Schlagwort von der „Unipolarität“ ist unausrottbar, es prägt das europäische Vorurteilsdenken in Sachen Weltpolitik bis heute. Demnach war die Bush-Administration zu dumm und zu böse, um, wie die Obama-Administration immer schon, multipolar denken und handeln zu können. Der politische Diskurs der Zeitungen und ihrer Lieferanten, aller Medien und Stammtische bedarf offensichtlich grober und falscher, unwahrer und gefährlicher Vereinfachungen, um plauderfähig zu agieren.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion schien das demokratische Modell das einzig verbliebene zu sein; Fukuyamas schwerwiegender Fehler, den Islam vergessen zu haben, wurde durch Huntington korrigiert. Kein dummer Amerikaner, auf den nicht ein gescheiter folgte. - Bleibt noch die europäische Gretchenfrage: demokratisches Modell als Leitwährung: durch die USA oder durch Europa weltweit zu missionieren? Auch eine Alternative, die keine ist, das Scheitern von Schröder und Chirac sollte allen Europäern eine Lehre sein.]

## Andere Möglichkeiten

Erst jetzt hat sich die Lage geändert. Am Ende der Amtszeit von Präsident Bush ist Amerika nicht nur militärisch an seinen Grenzen angelangt. Auch ihre Vorbildfunktion in Sachen Wirtschaft und Demokratie scheint die «einzig verbliebene Supermacht» eingebüsst zu haben. Die Gründe hierfür liegen nicht in erster Linie in umstrittenen Entscheidungen wie dem Irak-Krieg oder Guantánamo. Es ist vielmehr die Finanzkrise, die viele Beobachter dazu geführt hat, das demokratisch-kapitalistische Modell in Frage zu stellen und alternative Ordnungsmodelle ins Spiel zu bringen. [Die Formel vom „Irak-Krieg“ ist ebenso verkehrt wie das Denken über „Guantánamo“, das eine Sünde wider den Geist der Menschenrechte dort erblickt, wo keine zu sehen ist. Neueste Blüte demokratischen Unverstandes mit den Worten eines US-Juristen: „Die Insassen von Guantánamo sind aus ähnlichen Gründen inhaftiert wie der seinerzeit zu Unrecht auf die Teufelsinsel verbannte Hauptmann Dreyfus.“ (Die Presse vom 28.11.09)

Solange nur „Beobachter“ das demokratisch-kapitalistische Modell in Frage stellen“, ist keine Gefahr im Verzug. Man wird noch – ohne Ende - plaudern dürfen über denkmögliche Alternativen.]

Russlands «souveräne Demokratie» und vor allem das chinesische Modell suggerieren, dass es auch anders gehen könnte: erfolgreicher Kapitalismus ohne echtes demokratisches System und ohne nennenswerte Bürger-Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, wenn manche Beobachter eine «Demokratiemüdigkeit» in Asien konstatieren und sich Lateinamerika wieder auf sozialistische Experimente einlässt. Mit der Relativierung der amerikanischen Führungsrolle relativiert sich offensichtlich auch das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. [Das „offensichtlich“ soll etwas als Tatsache beschwören, dessen Bestand ungewiß ist. Autoritäre Demokratien und (partei)staatlich geführter Kapitalismus sind zwei Selbstwidersprüche, deren Kollabierung jederzeit möglich ist.

Dem Autor scheint eine Antinomie in seinen Prämissen nicht klar geworden zu sein. Einerseits soll gelten: „Sicherheitspolitisch bleiben die USA ohne Alternative“, andererseits aber: „die amerikanische Führungsrolle habe sich relativiert.“ Eine relativierte Führungsrolle ist keine; eine ungeführte Sicherheitspolitik ist unmöglich und sinnlos. Die Aporie der unerkannten Antinomie trifft die Obama-Administration bereits mit unbarmherziger Wucht; sie zwingt das bisherige Appeasement-Denken der US-Demokraten in der Realität anzukommen, - spät, aber doch. ]

Doch allzu vieles an dieser Diskussion ist zu oberflächlich, um vor der Realität zu bestehen. [Und davon ist das Denken dieses Artikels nicht ausgenommen. Die Frage ist: welches wären die Kriterien für eine nicht oberflächliche Diskussion der weltpolitischen Agenda? Müßten dazu nicht alle Schlagworte, die von den Diskutanten permanent vorgebracht werden, beseitigt sein? Aber eine „Diskussion“ dieser Art wäre keine medien- und zeitungstaugliche mehr.]

Dies beginnt bereits bei der Konzentration auf wirtschaftliche Fragen. Zwar registriert man nicht ohne Häme, dass die einst als Gefahr betrachtete wachsende chinesische Finanzkraft heute die amerikanische stützt. Aber diese eindimensionale Analyse verkennt die anderen Dimensionen der internationalen Politik, nicht zuletzt die sicherheitspolitische. [Aus dem Umfang amerikanischer Staatsanleihen bei chinesischen Banken lässt sich keine „sicherheitspolitische“ Aussage ableiten. Geld allein regiert keine (ganze) Welt. Aber zugleich gilt: ohne Geld kann sich keine Welt regieren, keine Wirtschaft entwickeln, keine Demokratie als Leitbild missionieren und sofort.

Jede Dimension des Systems Welt („internationale Politik“) ist stets nur eine Dimension, und ob es eine führende und bestimmende Dimension gibt oder geben soll, wäre durch jene gesuchte Diskussion herauszufinden.]

Dort zeigt ein Blick auf die Entwicklungen der kommenden Jahre, warum sich an der Notwendigkeit einer globalen Ordnungsmacht USA nichts ändern wird. Und er macht ebenso deutlich, dass die gegenwärtige Debatte über die Relativierung amerikanischer Macht letztlich nicht viel mehr ist als der untaugliche Versuch, das Scheitern von Präsident Bush zur Systemfrage hochzustilisieren. Die absehbaren Entwicklungen der internationalen Sicherheit sprechen eine andere Sprache. [Ein unsinniger Spagat: einerseits wäre Präsident Bush gescheitert, andererseits versuchten „Beobachter“ dieses Scheitern „zur Systemfrage hochzustilisieren.“ Ist er nun gescheitert oder nur „gescheitert?“ Vermutlich müssen die Europäer erst noch das „Scheitern Obamas“ abwarten, um erkennen zu können, wie sich beide unterscheiden.]

### Verschärfte Konkurrenz unter Staaten

Dies beginnt bei der Terrorismusbekämpfung. Der Islamismus dürfte in den kommenden Jahren zwar weiter an politischer Attraktivität verlieren, bleibt aber eine latente Herausforderung für die muslimische Welt und in seiner Manifestation als Terrorismus auch für den Westen eine ständige Gefahr. Dies umso mehr, als manchen Terrorgruppen der Zugriff zu Massenvernichtungswaffen gelingen könnte. [Im Klartext: auch wenn der Islamismus alle „politische Attraktivität“ verlieren sollte, eine durch nichts bestätigte Hoffnungsthese, bliebe er eine nicht nur latente, sondern real zu bewältigende „Herausforderung“ der moderaten muslimischen und der Ersten Welt.

Doch liest der gemeine Europäer an dieser Stelle diese Meinung: weil die „Schurken Bush und Blair“ über mögliche Massenvernichtungswaffen „gelogen haben“, muß der „war against terror“ abgesagt und abgeblasen werden. Wieder eine Blase, die uns Amerika beschert hat.]

Weitaus gravierender dürften jedoch die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels und der Konkurrenz um Energie, Wasser und Nahrung in einer Welt mit wachsender Bevölkerung sein. [Was gravierender, was weniger gravierend ist, welche Dimension zentraler, welche weniger zentraler ist oder wird, könnte nur angegeben werden, wenn das Gravitationszentrum der „internationalen Politik“ bekannt und erkannt wäre. Da dieses permanent changiert, ist die Sehnsucht der Verschwörungstheoretiker, ein stabiles anzunehmen, verständlich.

Das unbestimmte Wort „sicherheitspolitisch“, das eine Melange aus Politik und Militär bemüht, kann hier nicht weiterhelfen. Ist alles sicherheitspolitisch relevant, ist alles Sicherheitspolitik, - von einer dänischen Mohammed-Karikatur bis hin zur Wasserkrise im Nahen Osten, von der iranischen Bedrohung bis hin zur Bevölkerungsexplosion.

Wienerliednostalgisch könnte man formulieren: Es werden gewisse Dimensionen sein, und sie werden im Zentrum sein, - und wir werden nimmer sein...; mehr kann das Vermutungsdenken der jeweiligen Gegenwart über ihre Zukunft nicht ermitteln.

Wie man angesichts dieser Dimensionen-Gemengelage permanent von „Scheitern“ reden kann, ohne das Scheitern dieses Redens zu bemerken, zählt zur Oberflächenproblematik jeder öffentlichen Diskussion über die aktuelle Welt im Großen und Kleinen, im Ganzen und Detail.]

Wo es um die Verteilung finiter Ressourcen geht, gerät die klassische, auf Kompromisse ausgerichtete Diplomatie an ihre Grenzen. [Wieder „Grenzen“, die nicht angeben, worin ihre Grenzartigkeit besteht. Stehen zwei benachbarten Staaten vor der Frage, wie sie die „finite Ressource“ ihres Wasserbedarfs in Zukunft erheben und verteilen sollen, muß dies nicht in jedem Fall das Ende von Diplomatie und den Beginn von Krieg bedeuten. Obwohl wir keine weltzentrale Verteilungsinstanz haben, die entscheiden und führen könnte.]

Die Wahrscheinlichkeit ist daher hoch, dass sich zum Dauerproblem der «gescheiterten Staaten» die Wiederkehr des zwischenstaatlichen Krieges hinzugesellen wird. [Der Zusammenhang des Problems „gescheiterter Staaten“ mit dem der „finiten Ressourcen“ wird nicht erörtert. Auch dieser Zusammenhang ist ein Dimensionen-Clash, dessen Entwicklung nicht zu prophezeien, dessen künftige Katastrophen nicht im voraus zu bewältigen sind.

Daß der Islamismus Somalia mehr als nur an den Abgrund gebracht hat, weil ihn die westliche und afrikanische Welt gewähren ließ, steht außer Frage. Aber der „zwischenstaatliche Krieg“ wird vorerst nur sporadisch (Äthiopien, Kenia, Piraterie)geführt; und jeder, der geführt wird, kann immer nur als Teil und an der Frontlinie des globalen Jihad geführt und befriedet werden.]

Bleibt schliesslich noch die Verbreitung nuklearer Waffen. Ein sprunghafter Anstieg der Zahl der erklärten Nuklearmächte ist unwahrscheinlich, doch werden sich viele Staaten über ihre zivilen Nuklearprogramme die Option verschaffen, bei einer Verschlechterung der regionalen Grosswetterlage rasch auf eine militärische Nutzung umzustellen. [Relativ unbestimmte, aber mit virtuoser Unbestimmtheit geführte Wettervorhersagesätze. Einerseits ist x unwahrscheinlich, andererseits ist y mehr als wahrscheinlich. Keine neuen Nuklearmächte versus jederzeit und rasch mögliche neue Nuklearmächte. Der Erkenntnisgewinn von allzu allgemeinen Sätzen ist natürlicherweise gering.

Sucht der Iran die Atombombe, weil sich die „regionale Großwetterlage“ verschlechtert hat? Ist er in Gefahr durch Angriffe der arabischen Staaten oder Israels? Wäre er in Gefahr, wenn er seine Suche nach der Bombe nicht unternähme und nicht verdunkelte?

Einerseits muß es erlaubt sein, auch in Wettervorhersagesätzen über die aktuelle Weltpolitik zu reden, andererseits wird eben dadurch die Grenze zwischen Rede und Gerede hinfällig.]

Die Folgerungen dieser Entwicklungen für die internationale Sicherheitspolitik sind vielfältig. Unstreitig ist, dass der Regelungsbedarf

wachsen wird. Die Regelungsfähigkeit wird mit dem Bedarf jedoch nicht Schritt halten. Dies gilt nicht zuletzt für die Vereinten Nationen. Dieses Gremium wird nur dann umfassend handlungsfähig sein, wenn es ein Sicherheitsratsmitglied gibt, das die anderen zu gemeinsamem Vorgehen überreden kann. Dieses Land ist gegenwärtig und absehbar künftig Amerika. [Wieder steht x gegen y: mehr Regeln, aber immer noch zu wenige; daher im Sicherheitsrat die alte (un)bewährte Regel: keine Alternative zu den USA, wenn es darum geht, die Agenda der Demokratie und des Weltkapitalismus zu missionieren.]

In welchen Dimensionen der aktuellen Welt soll welcher Regelungsbedarf wie stark ansteigen? Soll Israel vor dem nächsten Clinch mit Hamas oder Hisbollah Herrn Goldstone anrufen, um den aktuellen Stand der Regelungszuwächse zu erfragen?]

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten durch ihre Bündnissysteme, allen voran die Nato, eine Dichte militärischer Integration und politischen Vertrauens mit gleichgesinnten Staaten erreicht, die wohl keine andere Gruppierung in den nächsten zwei Jahrzehnten erreichen wird. [Zum großen Leidwesen aller Nato-Hasser in Europa und all jener, die von einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Europa und USA träumen.]

Mehr noch. Insbesondere in Asien bleibt die «Pax Americana» ein unersetzlicher Stabilitätsfaktor. Denn die Region bleibt gekennzeichnet von einer beunruhigenden Mischung aus Nationalismus, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Konkurrenz. Die USA aus der asiatischen Gleichung herauszunehmen, hiesse nicht nur, die weitere Nuklearisierung Nordkoreas zu dulden, sondern auch, die in der Region allenthalben zu verspürende Nervosität hinsichtlich des aufsteigenden China zu ignorieren. [Vordringlicher noch scheint das Wirken der „Pax Americana“ in Afghanistan und Pakistan nötig zu sein, auch wenn es von vielen Europäern nicht verstanden und verteufelt wird.]

Im Nahen Osten ist die Lage ähnlich. Trotz ihren Problemen im Irak bleiben die Vereinigten Staaten die einzige allseits akzeptierte externe Ordnungsmacht in dieser Region. [Die Probleme des Irak sind die seinen zuerst und erst sekundär die der USA. Und diese Probleme wären ohne den schändlichen Verrat Deutschlands und Frankreichs weit geringer gewesen, als besonders von Deutschen mit Krokodilstränen beklagt wird. Die dreiheilige Einfalt einer fiktiven „Pax Europeana“ verkündet bekanntlich: in allen Regionen dieser Welt entweder a) keine externen Ordnungsmächte mehr oder b) nur mehr multipolare oder c) das Modell „Europa“ als neue und wirklich „nur mehr friedliche“ Ordnungs- und Garantiemacht. Das europäische Verständnis von Ordnungsmacht ist noch europäisch.]

Denn nach wie vor gilt die Maxime, dass im Nahen Osten nur derjenige Einfluss hat, der seine politischen Vorstellungen auch militärisch abzusichern in der Lage ist. Und sollte sich Iran über kurz oder lang zur

Nuklearmacht erklären, so dürfte sich bei Irans Nachbarn die Nachfrage nach amerikanischem Schutz nur noch weiter erhöhen. [Wie inzwischen auch die Obama-Administration begriffen hat. Aber „Schutz“ ist ein schwaches Wort für das, was notwendig sein wird, wenn eine neue Nuklearmacht im Nahen Osten verhindert werden soll. Das Entschuldigen und sanfte Verhandeln der Obama-Administration könnte sich rächen: es könnte schon jetzt zu spät sein für rechtzeitig zu ergreifende Präventiv-Maßnahmen.]

Kurzum: Nur die USA bleiben absehbar künftig in der Lage, andere Staaten in eine gemeinsame Strategie zu kooptieren. Denn keiner anderen Grossmacht traut man zu, Führung in einer Weise zu praktizieren, die mit dem aufgeklärten Eigeninteresse der Geführten im Einklang steht. [Nochmals wird bestätigt, daß daher das Bündnis NATO nicht das einzige sein kann, mit dem die Agenda der „Pax Americana“ voranzutreiben ist; es wird neue „Koalitionen der Willigen“ geben, und abermals werden einige Staaten oder Regierungschefs Europas sich als Unwillige und Unverständige erweisen.

Worin die „aufgeklärten Eigeninteressen der Geführten“ bestehen, wäre noch nachzufragen. Insbesondere auch im Fall von Europa und seinen Verständnisversuchen über die Aufgaben und Grenzen von EU und NATO. Der Versuch Russlands, sich außerhalb seines Staatgebietes mächtige Satrapenstaaten zuzulegen, wird auch an Europa eine Schicksalsfrage stellen, ähnlich jener, die der Irak Saddam Husseins an Europa gestellt hat.]

«Ja, wir können es»

Doch sind die Vereinigten Staaten überhaupt noch willens und fähig, die Lasten zu schultern, die ihnen ihr eigener messianischer Anspruch zur «Rettung der Welt» (Barack Obama) aufbürdet? Die Antwort ist ein klares «Ja». Denn auch wenn sich die USA heute den Grenzen ihrer Macht bewusster geworden sind, so wird die amerikanische Sonderstellung im internationalen System nicht enden. [Aber Obama möchte oder wollte das amerikanische Rad neu erfinden. Wie verhält sich dieser Versuch zu jenem gleich bleibenden „messianischen Anspruch“ der USA? Nach gängiger Lehre hierzulande ist der amerikanische Anspruch auf „Rettung der Welt“ hybride und imperiale Anmaßung. Wenn überhaupt, wäre er von Europa einlösbar, das jedoch zugleich unwillig und unfähig erscheint, auch nur die dazu erforderlichen militärischen Hausaufgaben zu erledigen. ]

Anders als Europa bleiben die Vereinigten Staaten ein klassischer Nationalstaat mit einer ausgeprägten nationalen Identität. Und ebenfalls anders als Europa bleiben die USA im Kern eine «heroische» Gemeinschaft – bereit, militärische Macht zur Verfolgung eigener Interessen, aber auch von moralisch höherwertigen Zielen einzusetzen und dafür Opfer zu bringen. [Zwei Trümpfe, denen Europa nichts entgegen zu setzen hat;

daher zwei Hauptursachen für den ubiquitären Antiamerikanismus der meisten Europäer. Diese glaubten an Obamas Rhetorik einen anderen, einen neuen Amerikaner zu erblicken, einen europäischen gleichsam, mit dem nun endlich eine neue heroische Friedensgemeinschaft zu begründen wäre.]

Und schliesslich – und dies unterscheidet die USA von anderen grossen Nationalstaaten wie China, Indien oder Russland – besitzt Amerika den unerschütterlichen Willen, die Rolle der globalen Ordnungsmacht zu spielen. Nationale Mythen, realpolitische Interessen und globale Erwartungen an «American leadership» gehen hier eine Symbiose ein, die auch die gegenwärtige Phase der Sinnsuche überdauern wird. [Mit anderen Worten: eine globale Erwartung an ein „European leadership“ wurde noch nicht gesichtet.]

Welche Folgerungen haben diese Entwicklungen für Europa? Vor allem die amerikanische Forderung nach mehr Lastenteilung in Afghanistan dürfte gerade denjenigen Ländern grosse Schwierigkeiten bereiten, die sich bisher mit dem Hinweis auf innenpolitische Zwänge geografisch wie militärisch nur selektiv engagiert haben. [Das bekannte „Scheitern“ Deutschlands in einer nordafghanischen Provinz kann nicht geleugnet werden. Ein halbes Engagement in Sachen Weltmission ist mitunter gefährlicher als gar ein Engagement. Die Schweiz bleibt außen vor und fragt nicht die aktuelle Frage deutscher Innenpolitik: Krieg oder Nichtkrieg? Aber ist das Agieren der Schweiz ein Vorbild für eine europäische Weltpolitik?

Die Deutschen, die genau zu wissen vorgeben, wovon sie sprechen, wenn sie von einem „Irak-Krieg“ reden, wissen angeblich nicht, wovon die Amerikaner reden, wenn diese von einem „Afghanistan-Krieg“ sprechen.]

Aber auch permanente Koalitionen wie die Nato stehen vor Veränderungen. Eine neue, von Fragen der Energiesicherheit bis zur nuklearen Proliferation geprägte Konfliktlandschaft wird neue Formen der Bündnissolidarität jenseits der klassischen kollektiven Selbstverteidigung erfordern. [Resümiert, was klar ist und dadurch nicht klarer werden soll.]

Und der rasche, manchmal auch präventive Einsatz militärischer Macht bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die trägen Entscheidungsprozesse innerhalb von Bündnissen, sondern vor allem auch für den nationalen Parlamentsvorbehalt. [Resümiert, was klar ist, und dadurch nicht klarer werden soll.]

## Europas Nähe

Trotz diesen Herausforderungen wird sich an der besonderen Qualität der transatlantischen Beziehungen nichts Grundsätzliches ändern. [Zum nachträglichen Leidwesens von Schröder und Schröderianern, welche die



NATO neu erfinden, im Geist der europäischen Allianz, freilich welcher?, neu ausrichten wollten. Die Achse Putin-Schröder-Chirac sollte die Achse Bush, die ungehöriger Weise von einer „Achse des Bösen“ gesprochen hatte, durch eine „Achse der Guten“ ersetzen. Die „Achse des Guten“ ist seitdem in Europa ein ironischer Gemeinplatz geworden, der nicht weiß, ob er nun recht behalten hat gegen die „Achse des Bösen“, die nur im Kopf des „bösen und dummen Bush“ existierte, oder ob er recht behalten mit seiner Karikierung der „Achse der Guten“ von Moskau bis Paris.]

Nicht nur, weil die USA fast nur in Europa ein politisches Milieu vorfinden, das nahezu vorbehaltlos auf die Kooperation mit Amerika ausgerichtet ist, während es Washington anderswo mit einer Vielzahl schwieriger und unberechenbarer bilateraler Beziehungen zu tun hat. Sondern eben auch, weil es fast nur in Europa das gibt, was die besondere Nähe zu Amerika ausmacht: die Kombination von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft. [Das „nahezu vorbehaltlos“ möge in Gottes Ohr Aufnahme finden. „Unberechenbarer bilateral“ als Schröder und Chirac können Regierende von „anderswo“ kaum agieren. – Andere Verbindungen von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft wären Australien, Japan, vielleicht Südafrika und einige Staaten Südamerikas und noch andere mehr. Europa hat kein Monopol auf die einst von seinen Nationalstaaten und –ideologien bekämpfte Synthese von Demokratie und Kapitalismus.]

Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell offensiv zu vertreten, ist eine transatlantische Gemeinschaftsaufgabe. Ein neuer Kulturkampf zwischen Demokratie und Autokratie wird daraus jedoch nicht. Zum einen hat die Globalisierung inzwischen dafür gesorgt, dass auch die scheinbar krisenfesten Finanzsysteme Russlands und Chinas in Schwierigkeiten geraten sind. [Was noch keine Garantie dafür ist, daß Russland und China ihr autoritäres Modell von „Demokratie“ aufgeben werden und überwinden können.]

Eine neue säkulare Auseinandersetzung mit autokratischen Modellen ist aber auch deshalb überflüssig, weil die Autokraten selbst sich ihrer Sache nicht mehr sicher sind. Russlands Doktrin der «souveränen Demokratie» baut allein auf steigenden Energiepreisen auf – ein Konzept, das sich bereits als falsch herausgestellt hat. [Auch dieser Gedanke könnte zu blauäugig, zu europäisch naiv sein. Verunsicherte Autokraten pflegen sich gemeinhin externe Feinde zuzulegen, um innere Antagonismen zum Schweigen zu bringen. Und kein politisches System baut sich „allein auf steigenden Energiepreisen auf.“ – Wenn Europa nicht aufpasst, verliert es die Türkei nicht nur an den Islam, sondern auch noch an Rußland und dessen neues Energieimperium.]

Ähnliches gilt für die Legitimität vieler nahöstlicher Ölstaaten. Und China hat gar nicht erst versucht, seinen nationalen Weg als Leitbild für andere anzupreisen. Aus all diesen Gründen ist die Debatte über den relativen Abstieg Amerikas und über die Alternativen zur liberalen Demokratie und

zum Kapitalismus weitgehend belanglos – sie ist Teil der Katerstimmung am Ende einer weithin als verloren betrachteten Dekade neokonservativer Führung. [Eine Katerstimmung, die sich Europa und Amerikas Demokraten selbst zugefügt haben, weil sie zuviel „Anti-Bush-Wein“ getrunken haben. Sie werden noch lernen müssen, daß an der „Anpreisung“ des westlichen Weges und seiner globalen Missionierung kein Gegenweg vorbeiführt.]

Je weiter die Administration Bush jedoch in die Vergangenheit entrückt, desto klarer wird sich bestätigen, was bereits in dem aussergewöhnlichen weltweiten Interesse an der Wahl Barack Obamas zu erkennen war: Die Erwartungen an eine «gute» amerikanische Führungs- und Ordnungsrolle sind nahezu weltweit vorhanden. Und Francis Fukuyama darf weiter hoffen, dass seine These vom Sieg der liberalen Demokratie nicht widerlegt werden wird. [Der Glaube an das Obama-Gute ist rührend und gut; aber er steht unter einem verdächtigen Anführungszeichen, das die große Unsicherheit seiner Gläubiger belegt. Es werden sich noch ganz andere Dinge bestätigen, wenn die „Administration Bush in die Vergangenheit entrückt“, und die Administration Obama in die Gegenwart vorgerückt sein wird.]

\* Der Autor ist Leiter des Planungsreferats in der Politischen Abteilung der Nato. Er gibt seine persönliche Meinung wieder.

[Es folgen drei Leser(email)Briefe zu diesem Artikel, die noch zusätzlich kommentiert seien, weil sie in anschaulicher Weise einige bekannte und beliebte Vorurteile des „Kleines Mannes von der Straße“ präsentieren.]

-----  
Leser-Kommentare: 3 Beiträge  
Christian Pfister (24. Februar 2009, 13:39)

### Führungsmacht

Wenn diese Führungsmacht ihre demokratischen Grundwerte und Internationale Rechte Weltweit versucht zum Durchbruch zu verhelfen. Mit eben diesen hehren Werten. Und falls, wie dies überall einmal vorkommt, Verbrechen passieren. Diese dann auch versucht zu Ahnden und Wiedergutmachung leistet. Hätte niemand etwas gegen diese Führungsmacht. [Unterstellt ein ganzes Panorama gängiger Vorurteile, richtiger und falscher: a) es gibt demokratische Grundwerte und internationale Rechte und b) diese sollten gegen ihre Feinde auf demokratische und gerechte, also friedliche und dialogische Weise durchgesetzt werden. Wäre dies der Fall, existierte also dieser fabelhafte Hegemon, hätte der Leser keine Einwände gegen dessen Anspruch auf Missionierung und Weltführung.]

Wie ihm jedoch viele (mediale)Erfahrungen bewiesen haben, versucht die aktuelle Führungsmacht, kein Verbrechen scheuend, nur sich und ihre Interessen durchzusetzen. Die Fehlprämisse ist leicht durchschaubar: die Feinde des Hegemons sind nicht so lauter und friedlich, wie der Kleine Mann voraussetzt. Und daß er seine Manipulierung durch mediale Tatsachen nicht durchschauen kann, ist trivial, er wäre sonst Kleiner Mann nicht, sondern einer mit großen Augen. Und daß statt allgemeiner nur spezielle, die eigenen Interessen missioniert werden, führt auf das Machtargument, das Argument aller Argumente, wenn es darum geht, lückenlos zu beweisen, wo der wahre Feind Europas wohnt.]

Die Realität ist eine andere. Denn die USA sind nur eine „heroische Gemeinschaft“ weil dem grossteil der Bevölkerung eine fundierte Bildung fehlt und die Medienlandschaft diese Problematik noch verschlimmert. Des weiteren durch ihre „Religiosität“ die zu der irrigen Annahme führt, dass einzig ihnen eine allumfassende Vergebung gewährt wird. [Zwei beliebte antiamerikanische Vorurteile von uralt europäischer Provenienz. Zum einen ist der geborene Ami c) ungebildet und doof; seine Bildung erreicht nicht die des Europäers, und im Unterschied zu den europäischen Medien, die nur hehre Inhalte verbotschaften, senden die amerikanischen nur Schund und amerikanische Dieter Bohlen.

Außerdem haben die Amis d) die Religion einer „Religiosität“, die daher rührt und dahin führt, daß sie ihr Land mit Gottes Land verwechseln, weil er nur das Ihre mit auserwählten Aufträgen zu belasten versteht.

Diese beiden Argumente (c und d), die mit dem Argumenten von a) demokratischen Grundwerten und b) internationalen Rechten in einem nur äußerlichen, keinesfalls in einem verursachenden Zusammenhang stehen, werden gleichwohl als Ursachen angeführt. Es ist dies kein Verschwörungszusammenhang, sondern einer, der dem Denker Pfister als natürlicher und selbstverständlicher erscheint. Er ist tief befriedigt, wenn er seine Erklärung erklärt und weiß, was wirklich Grund und Ursache ist – für seinen Haß gegen die USA.]

Eine Gemeinschaft die die Verantwortung der gemachten Fehler nicht übernehmen will, ist keine Führungsmacht sondern eine Hegemonialmacht. [Würde man diesem Argument entgegensetzen, die Amerikaner hätten für die Befreiung des Iraks, für die Bekämpfung der Talibans und von Al Kaida in Afghanistan und Pakistan große Opfer erbracht, Leser Pfister würde die Welt nicht mehr verstehen. Nicht wird gefordert, daß die „Kriegsverbrecher“ und „Schurken“ Bush und Blair sich verantworten sollen, sondern das Gegenteil wird behauptet. Wie kann man nur so verblendet sein, so „manipuliert“ und „amerikafreundlich?“ Bedarf es noch eines Beweises, daß das Gegenargument dem Propaganda-Arsenal der CIA entstammt?

Auch „Fehler“ ist eine in weltpolitischen Dingen beliebte Kategorie, die guten Schul- und Lehrerstuben entstammt. Sie basiert auf einer oberstudienrätlichen Fehlprämisse: nur wer keine Fehler macht, weil er

nach fehlerlosen Plänen handelt, darf als verantwortungsvoller Politiker und „heroische Führungsmacht“ passieren.]

=====

Rolf Joachim Siegen (24. Februar 2009, 11:14)

Als Europäer argumentiert der Verfasser uneuropäisch

Die amerikanische Sonderstellung -wie er sie sieht - scheint er als quasi gottgewollt hinzunehmen. Ob sich die USA diese Stellung überhaupt noch leisten kann, erörtert er erst gar nicht. [Das witzige Junktim: die Sondermacht könnte sich ihre göttliche Sonderstellung nicht „mehr leisten“ und daher liege der Autor Rühle doppelt falsch, enthält mehrere unbemerkte Fehlprämissen. Zum ersten kann keine Macht der Welt ihre Sonderstellung selbst erwählen; zum zweiten hängt sie nicht allein von der Finanzierungsmächtigkeit der Sonder- und Führungsmacht ab; und daher kann und muß drittens Autor Rühle nicht erörtern, was der Leser so gern erörtert gelesen hätte.]

Die Geschichte hat gezeigt, dass Mächte der Gegenmächte bedürfen, um nicht zum Machtmissbrauch verführt zu werden. Darauf beruhte schliesslich die Philosophie des 'Kalten Krieges' mit dem Gleichgewicht des Schreckens. [Enthält die Fehlprämisse, daß die Gegenwart aus der Geschichte für das gegenwärtige Handeln lernen könnte und sollte. Zweitens die Fehlprämisse, einen allgemeinen Satz – Mächte bedürfen mächtiger Gegenmächte – als lehrreichen und belehrenden anzuerkennen. Drittens die Fehlprämisse, die Lehre des Kalten Krieges, in dem sich zwei Mächte angeblich neutralisierten (als ob nicht die eine verschwunden wäre und die des US-Hegemons siegreich verblieben wäre), wäre als ewiger Lehrinhalt auf die heutige und morgige Geschichte zu übertragen: Auf immer und ewig: Gleichgewicht des Schreckens. Kein überzeugender Beitrag zur angeblich nur friedlichen Denkweise aller Alt-Europäer.]

Doch der Verfasser schwelgt in ungebrochenen Amerikaoptimismus. Wo hat dieser Herr die letzten acht Jahre verbracht? Die Regierung Obama bedarf der kritischen und aktiven Verbündeten; blosser Ergebnisebenedigungen europäischerseits werden das transatlantische Verhältnis nicht zu stärken vermögen. [Unterstellt „dem Verfasser“ einen „Amerikaoptimismus“, der durch nichts gerechtfertigt sei; ihm sei entgangen, daß man andernorts einen ordentlichen „Amerikapessimismus“ hätte aufsaugen können, oder wenigstens einen „Amerikaskeptizismus“, der nun auch der Obama-Administration Tipps und Strategien mitteilen könnte und sollte, wie ein neues und stärkeres transatlantisches Bündnis zu stricken wäre.

Auch dies ein beliebtes, ja mehr als beliebtes, weil vollkommen eingestammtes Verhalten des „Kleinen Mannes.“ Er nimmt seine Orte und

Weisheiten für die einzig richtigen und wahren, er weiß immer schon, wo es lang geht, weil er immer dort zur rechten Zeit weilte, wo das Richtige und Wahre gelehrt wurde. Er hat nie gelernt, Prämissen nur zuzulassen, wenn sie das Kälte- und Hitzebad ihrer Gegenprämissen überlebt haben.]

=====

Peter Liebold (24. Februar 2009, 09:37)

Irrt sich der Autor da vielleicht?

"Von Europa bis Asien dominiert die amerikanische Sicherheitspolitik " - so heisst es gleich unter der - wie ich meine - ziemlich gewagten Überschrift. Ich würde das so umformulieren:

Von Europa bis Asien dominiert die amerikanische Machtpolitik - den Machern geht es in erster Linie um Macht. Um diese ausüben zu können, muss "Ruhe" geschaffen werden. Und diese "Ruhe" wird dann als das eigentliche Ziel deklariert. Public Relation lässt grüssen. So wird manipuliert! [Dieser „Kleine Mann“ weiß abermals genau Bescheid darüber, was wirklich Sache, was sachlich Wahrheit ist. Und sein „Machtargument“: der Hegemon ist der Hegemon, weil er Hegemon sein möchte, ist vielleicht das beliebteste unter allen antiamerikanischen Vorurteilen. Denn die Dummheits-, Verdorbenheits-, Geld-, Öl- und Waffenlobby-Argumente, selbst das von der jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung, sie alle münden letztlich und erstlich in das Machtargument.

Auffällig die Blindheit dieses Standpunktes: es sind und waren gerade die Europäer, (Habermas u.a.) die Bush als Ruhestörer und Unfriedensbringer anklagten, während die Europäer mit ihrem pazifistischen Modell, das schon auf dem Balkan glänzend versagt hat, auch dem Irak und Afghanistan Frieden, Stabilität und Eierkuchen hätten bringen können, wenn man sie nur hätte machen lassen.

Endlich ist noch witzig und bezeichnend der Anspruch der Manipulierten, die Meinungen anderer als manipulierte aufgedeckt und erkannt zu haben. Man muß nur fähig sein, die Manipulationen dieser Welt ohne Manipulation zu durchschauen. Es ist alles so einfach, wenn man es nur einmal und für immer durchschaut hat.]

Vorlagentext: Neue Zürcher Zeitung, 24. Februar 2009

Kommentartext: November 2009